

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 30. Juni 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mk. ... Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet: die einmalige 30 mm breite ...

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 3d 42. Druck u. Verlag von Lewick & Reichardt in Dresden.

Drahtschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachrichten: 20 011

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Jahresschau. Mittwoch und Donnerstag abends 7 Uhr. Gastspiel Edwin Lindner. Siehe heutige Inserate!

Konditorei Limberg. Trager Straße 10. Saisongemäße Eisgetränke, Eispeisen, Eisstorten.

THÜRMER-FLUGEL-PIANOS. Kunstspielpianos. seit 1834 bestbewährtes Qualitätsfabrikat. Meissen i. L. Martinstr. 12. Bautzen i. L. Seminarstr. 9.

Japan an der Seite Englands in Genf.

Japan tritt der englischen Forderung auf Verminderung der Höchsttonnage für Linienfahrzeuge bei. Start zum Flug über den Pazifik. — Die Mieterschutzgesetze im Reichstage. — Die Polizei in der „Action Francaise“.

Neue japanische Instruktionen.

Genf, 28. Juni. Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, soll die japanische Delegation auf der Seeabrüstungskonferenz neuen Instruktionen aus Tokio erhalten haben, die dem englischen Vorschlag auf Abänderung der Bestimmungen des Washingtoner Abkommens über die Höchsttonnage der Großkampfschiffe anzuschließen, jedoch nur unter der Bedingung, daß hierdurch die kommenden Verhandlungen über die Beschränkung der leichteren Seestreitkräfte nicht beeinflusst werden.

Aus den direkten Verhandlungen zwischen London und Tokio und dem Verlauf der Genfer Konferenz will man in Washington das

Neuerstehen einer englisch-japanischen Allianz

mit der Spitze gegen Amerika und eine englisch-japanische Verständigung über China entnehmen. Trotzdem beachtliche Washington, in Genf bis zum äußersten auszuhalten. Allerdings würde die Washingtoner Regierung gewungen sein, ihre Delegation aus Genf abzuberufen, sobald kein Zweifel mehr darüber bestehen würde, daß die Seeabrüstungskonferenz nicht das bringen werde, was Amerika wünschte, nämlich einen Fortschritt auf dem Wege der Abrüstung.

Das Generalsekretariat der Seeabrüstungskonferenz teilt mit, daß in der heutigen Sitzung des Technischen Komitees ein englischer Vorschlag zur Erörterung gelangt sei, die Kreuzer in zwei Klassen einzuteilen:

Kreuzer mit achtzig Geschützen und einer Höchsttonnage von 1000 Tonnen, und Kreuzer mit sechzig Geschützen und einer Höchsttonnage von 7500 Tonnen. Die japanische und amerikanische Delegation haben die Vertagung der Erörterung des englischen Vorschlags beantragt, um die Eingliederung des englischen Vorschlags in die Bestimmungen des Washingtoner Abkommens zu prüfen. Ein

Termin für die nächste Vollziehung der Konferenz ist bisher noch nicht festgesetzt worden.

Der englische Innenminister wirbt um Japan.

London, 28. Juni. Der Innenminister Johnsonicks erklärte in einer Rede auf dem heutigen Festessen der Japanischen Gesellschaft, die Welt sei immer noch krank, und die aus dem Krieg entstandene Unruhe sei noch nicht geschwunden. Die Freundschaft, die zwischen dem britischen und japanischen Volk bestehe, werde darauf hinwirken, sie zu befestigen und ihr Wiederauftreten zu verhindern. Johnsonicks erklärte weiter: Wir stehen jetzt mit Japan einer gemeinsamen Gefahr gegenüber wie im Kriege. Aber Einheit der Aktion gegen eine revolutionäre Körperschaft ist nicht das einzige, was ich von unserem Bündnis erwarte. Ich erwarte, daß Japan und England zusammen mit den anderen Nationen, die den Krieg verabscheuen und den Frieden lieben, einen Sicherheitsvorhang schaffen werden, damit wir auch immer hinter der Szene vorsehen, daß die Menschheit, die befohrt im Zuschauertraum die Vorgänge verfolgt, nicht das Opfer eines gefährlichen Brandes werde.

Norwegische Lobspriiche für Stresemann.

Oslo, 28. Juni. An dem Empfang der Vertreter der norwegischen Presse bei Dr. Stresemann nahmen etwa 45 Herren teil. Es entspann sich eine längere und sehr anregende Unterhaltung. — Die norwegische Presse beschäftigt sich auch weiterhin sehr eingehend mit der Person des deutschen Reichsaußenministers. „Morgenbladet“ gibt ausführlich die Unterhaltung seines Vertreters mit Dr. Stresemann auf der Bahnfahrt nach Oslo wieder und rühmt das Interesse des Außenministers für norwegische Kultur, Wirtschaft und Politik. „Morgenposten“ schreibt, Stresemann sei ein bürgerlicher Mann wie Hindenburg ein militärischer Mensch sei. Beide hielten das Vaterland über alles. Stresemann sei eine glückliche Kombination des Geistes von Goethe und Bismarck.

Hausfuchung in der „Action Francaise“.

Gehheimnisvolle Telefonleitungen.

Paris, 28. Juni. Nach längerem Zögern hat die Polizei heute im Gebäude der „Action Francaise“ eine Hausfuchung vorgenommen. In den Räumen des Blattes befand sich jedoch nur der Chefredakteur. Die Untersuchung erstreckte sich vor allem auf die Telefonanlage. Dann sollen auch zahlreiche Papiere beschlagnahmt worden sein. Endlich sind der Hausmeister und der Bureaudienner vernommen worden. Die von einigen Blättern angekündigte Verhaftung Daudets ist bisher noch nicht erfolgt. Es ist auch nichts weiter über die polizeiliche Vorbereitungen durchgesickert, die eine baldige Verhaftung erwarten ließen.

Die Untersuchung soll ergeben haben, daß sich in der „Action Francaise“ drei Telefone befinden, die nicht mit der amtlichen Zentrale verbunden sind. Es konnte noch nicht festgestellt werden, wohnhin diese drei mysteriösen Linien führen. Wie „La Presse“ zu berichten weiß, steht die Verhaftung eines Royalistenführers unmittelbar bevor.

Das französische Cadresgesetz angenommen.

Poincaré weicht den Daudet-Interpellationen aus. (Durch Punktsetzung.)

Paris, 28. Juni. In der heutigen Kammer Sitzung wurde die Aussprache über das Cadres-Gesetz fortgeführt. Ein Antrag der mittleren und rechtsstehenden Parteien, der eine schärfere Fassung der Bestimmungen über die Dienstzeit forderte, wurde angenommen. Alle Anträge der Sozialisten und Radikalen auf bessere Garantie für die Einführung der einjährigen Dienstzeit wurden abgelehnt. Renaudel hielt seinen diesbezüglichen Antrag aufrecht. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage, worauf der Antrag Renaudel abgelehnt wurde.

Vor der Abstimmung über das gesamte Gesetz gab namens der Sozialisten Renaudel eine scharfe Erklärung ab, die besagt, daß die Sozialistische Partei das ganze Gesetz ablehne, da dem Wunsche der Partei nach Sicherung der einjährigen Dienstzeit nicht entsprochen worden sei. Kriegsminister Painlevé stellte namens der Regierung die Vertrauensfrage. Das Gesetz wurde in seiner Gesamtheit daraufhin angenommen.

Französische Zweifel an den Locarno-Versprechungen.

Paris, 28. Juni. In der heutigen Sitzung des Senates verlangte Senator Lemery die Festsetzung eines Datums für die Behandlung seiner Interpellation über die Haltung der Regierung zu den Erklärungen Dr. Stresemanns und der Auslegung der Note der Vorkonferenz vom 14. November 1925. Nach kurzer Aussprache wurde beschlossen, die Entscheidung zu vertagen, bis Außenminister Briand soweit wieder hergestellt ist, daß er an der Diskussion teilnehmen kann.

In einem Schreiben an Briand erklärte Lemery, er habe aus den Ausführungen Dr. Stresemanns mit Befriedigung entnommen, daß dieser darauf verzichte, seine These, die er am 28. März vertret, zu bekämpfen und großes Stillschweigen bewahre über das angebliche Recht, die Räumung des linken Rheins ohne Gegenleistung verlangen zu können. Uebertracht sei er dagegen darüber, daß die Verminderung der rheinischen Effektivebestände den Deutschen versprochen worden sei und daß von diesem Versprechen die Unterzeichnung des Locarnopaktes abhängig gewesen sei. Dr. Stresemann lehne die Note der Vorkonferenz vom 14. November 1925 rein persönlich auszuliegen, und deswegen sei es von besonderer Bedeutung, zu wissen, ob die französische Regierung dieser Auslegung zustimme oder nicht.

Noch kein Ende.

Von Emil Vera, M. d. L.

Nach den Zeitungsmeldungen der letzten Tage war anzunehmen, daß die neue französische Regierung bis zur Sitzung des Landtags vom Dienstag, dem 28. Juni, endgültig gebildet sei. Der Herr Ministerpräsident hat das neue Kabinett aber dem Landtag noch nicht vorgestellt. Es scheinen sich in letzter Minute kleine Schwierigkeiten eingestellt zu haben, die recht deutlich erkennen lassen, daß Kräfte am Werke sind, die eine vernünftige und beschleunigte Lösung immer noch aufhalten.

Die deutsch-nationale Fraktion hat bekanntlich vor einigen Tagen dem Herrn Ministerpräsidenten die Zustimmung zur Berufung ihres Kandidaten Krug v. Nidda in das Wirtschaftsministerium erteilt. Sie hat dabei die in verschiedenen Besprechungen der Koalitionsparteien als selbstverständlich hingegenommene Forderung, daß der deutsch-nationale Minister die Stellvertretung des Herrn Ministerpräsidenten bekommen soll. Diese Stellvertretung hatte in dem vorläufigen Kabinett bisher der demokratische Innenminister Apelt. Die demokratische Fraktion macht nunmehr Schwierigkeiten, indem sie aus angeblichen Prekäregründen auf der Vertretung des Ministerpräsidenten beharrt. Es hängt nachgerade an, merkwürdig zu wirken, daß Prekäregründe nur für die kleinsten Fraktionen des Landtags gelten sollen, während die stärkste bürgerliche Fraktion, die deutsch-nationale mit 14 Abgeordneten, um jeden Preis auf den Anspruch sogenannter Prekäreforderungen verzichten soll.

Die Leffentlichkeit sei nochmals daran erinnert, in welcher Weise gerade von der deutsch-nationalen Fraktion die staatspolitischen Erwägungen über den Parteistandpunkt geleitet wurden.

1. Die von den bürgerlichen Parteien zugesagte Verminderung der Zahl der Ministerien von 7 auf 5 scheiterte an dem Widerstand der kleinen Fraktionen der Koalition.

2. Der Mittelweg, der von den Deutschnationalen beschritten wurde, vorläufig 6 Ministerien zu wählen, wurde ebenfalls als untragbar von den übrigen Parteien abgelehnt.

3. Die ursprüngliche Forderung der stärksten Fraktion, den Ministerpräsidenten entsprechend dem Stärkeverhältnis stellen zu können, wurde aus Verunmündungen von deutsch-nationaler Seite überhaupt nicht mehr in die Debatte geworfen, um die Schwierigkeiten nicht noch zu vergrößern.

4. Die deutsch-nationale Forderung, die nach parlamentarischen und demokratischen Gepflogenheiten eine Selbstverständlichkeit gewesen wäre, das Innenministerium zu besetzen, mußte ebenfalls fallen gelassen werden, weil die kleinen Linksparteien (Allsozialisten und Demokraten) sich dagegen sträubten.

5. Schließlich begünstigten sich die Deutschnationalen im Interesse des Staatsgedankens mit der Besetzung des Wirtschaftsministeriums.

Im Laufe der Verhandlungen wurde von dem Führer der Koalitionsparteien, Herrn Oberbürgermeister Blüher, an den Herrn Ministerpräsidenten selbst die Bitte gerichtet, den Deutschnationalen die Stellvertretung des Ministerpräsidenten zu überlassen. Jemandem Widerpruch ist von keiner Seite der an der Verhandlung beteiligten Fraktionen erhoben worden. Auch die in dieser Sitzung anwesenden Demokraten haben sich mit keinem Wort hiergegen gewandt; ebensowenig hat der Herr Ministerpräsident selbst diesen Vorschlag abgelehnt. Es war deshalb ganz selbstverständlich, daß die deutsch-nationalen Vertreter infolge des von keiner Seite erfolgten Widerpruchs annehmen mußten, daß die Stellvertretung des Ministerpräsidenten dem deutsch-nationalen Wirtschaftsminister Krug v. Nidda übertragen wird, zumal es sich doch um die Bildung eines neuen Kabinetts handelt. Und ausgerechnet in der allerletzten Sekunde sträubten sich die Demokraten und bringen so eine neue Verwirrung in die ganze Angelegenheit.

Soll etwa das traurige Spiel um die Regierungsbildung nochmals von vorne beginnen? Kein Mensch wird es verstehen können, wenn durch diese, von demokratischer Seite bereitete Schwierigkeit die mühsam und unter den schwersten Opfern der Deutschnationalen erfolgte Einigung wieder zerschlagen wird. Und ebensowenig wird es irgend jemand ver-